



Caritas Cares

Bericht Deutschland

November 2015

Worum es geht

Der Bericht beschreibt größere Herausforderungen im Bereich Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland und gibt Empfehlungen, wie diesen Herausforderungen politisch begegnet werden kann. Die Empfehlungen gründen einerseits auf den Erfahrungen des Deutschen Caritasverbands und andererseits auf offiziellen Daten.

Über den Deutschen Caritasverband

Der Deutsche Caritasverband ist eine große deutsche Wohlfahrtsorganisation. Er betreibt in fast allen sozialen Bereichen Dienste und Einrichtungen: Gesundheitsdienstleistungen, Dienste für Kinder und Jugendliche, Familien, Ältere, Menschen mit Behinderungen und andere. Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit liegt auf den Armen und sozial Ausgegrenzten. Hier gibt es beispielsweise Einrichtungen für Wohnungslose, Programme für Langzeitarbeitslose und Sozialberatung.

Im Jahr 2014 erreichten die Mitglieder des Deutschen Caritasverbandes eine Gesamtzahl von 11.617.862 Menschen mit ihren Diensten und Einrichtungen (inklusive der Menschen, die in Pflegeheimen leben). Die Allgemeine Sozialberatung der Caritas – eine niedrigschwellige Beratungseinrichtung – führte ein geschätztes Minimum von 600.000 Beratungsgesprächen mit Menschen, die in Gefahr von Armut und sozialer Ausgrenzung leben. 62% dieser Klienten waren Frauen, 38% Männer. Alle Altersgruppen waren in der Beratung vertreten, obwohl Menschen zwischen 30 und 49 Jahren den größten Anteil der Klienten darstellten (47 %). 49% hatten keine Kinder im Haushalt, 13 % hatten mehr als zwei Kinder. 29% haben keinen Schulabschluss und 28% haben keine höhere Ausbildung als den Schulabschluss. 40% haben Migrationshintergrund, 57% bezogen Grundsicherungsleistungen. 47% von den Grundsicherungsempfängern leben schon länger als 36 Monaten von den Grundsicherungsleistungen



Foto: ead/Dietmar Gust

Aktuelle Publikationen des Deutschen Caritasverbandes finden Sie [hier](#).

Verantwortlich:
Dr. Thomas Becker
thomas.becker@caritas.de
+49 761 200 245

Pressekontakt:
Dr. Verena Liessem
verena.liessem@caritas.de
+49 761 200601

Langzeitarbeitslosigkeit und ein begrenzter Zugang zu Wohnraum

Größere Herausforderungen im Bereich Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland

❖ Ältere Migranten sind besonders von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen

Viele beziehen niedrige Renten. Einige haben eine beschränkte Aufenthaltsgenehmigung (Nicht-EU-Bürger), die daran gekoppelt ist, dass sie ihren eigenen Lebensunterhalt decken können.

❖ Teurer Wohnraum in beliebten Gegenden

Gegenden mit einer hohen (Binnen-)Zuwanderung sind besonders betroffen. Auch die wachsende Anzahl kleinerer Haushalte hat dazu geführt, dass Wohnraum knapp ist. In der Folge steigen die Mieten in den beliebten Regionen.

❖ Nicht-Inanspruchnahme von Grundsicherungsleistungen

Einer von drei anspruchsberechtigten Menschen bezieht keine Grundsicherungsleistungen.

❖ Strukturelle Langzeitarbeitslosigkeit

Die meisten Arbeitsmarktförderungsprogramme sind für Menschen gemacht, die gut in den Arbeitsmarkt vermittelt werden können und gehen nicht auf die speziellen Bedürfnisse von Langzeitarbeitslosen ein.

Empfehlungen an die Bundesregierung:

Finanzielle Unterstützungsleistungen:

1. Die Berechnung der Regelbedarfe in der Grundsicherung muss verbessert werden.
2. Es muss Informationskampagnen geben, die dazu führen, dass Menschen von ihrem Anspruch auf Grundsicherungsleistungen in Kenntnis geraten und diesen auch realisieren.
3. Es muss mehr in den sozialen Wohnungsbau investiert werden. Private Investitionen in den sozialen Wohnungsbau müssen profitabler werden und das Wohngeld muss angepasst werden.

Inklusive Arbeitsmärkte:

4. Die Arbeitsmarktförderung für Langzeitarbeitslose muss ausgeweitet werden, insbesondere diejenige für Langzeitarbeitslose mit Vermittlungshemmnissen.

Sonstiges:

5. Die Aufenthaltsgenehmigung von älteren Migranten, die schon lange in Deutschland leben muss vom Bezug von Grundsicherungsleistungen entkoppelt werden.

1. Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland: Die Wirklichkeit hinter den Zahlen

Probleme in Deutschland

- ❖ Zugang zu Wohnraum

Zugang zu Wohnraum

In einigen Gegenden in Deutschland ist der Zugang zu Wohnraum problematisch. Das betrifft Regionen mit einer hohen (Binnen-)Zuwanderung und einer hohen Nachfrage nach Wohnraum. Beispiele sind Hamburg, München, Stuttgart und Frankfurt sowie deren Umkreis, aber auch kleinere Städte, zum Beispiel Universitätsstädte wie Freiburg. Die Tendenz zu kleineren Haushaltsgrößen führt zu einer steigenden Zahl von Haushalten. Das wiederum stärkt die Nachfrage nach kleineren (Miet-)Wohneinheiten. In der Folge steigen die Mieten für diese Objekte. Außerdem gibt es nur wenige Neubauten im niedrigen Preissegment. Auch die Zahl der Sozialwohnungen ist gesunken, weil die Sozialbindung ausgelaufen ist und es zu wenige Neubauten in diesem Bereich gibt. Alles zusammen führt zu einem zu kleinem Angebot an günstigem Wohnraum in diesen Gegenden. Menschen, die in Haushalten mit geringem Einkommen leben, haben deswegen Schwierigkeiten, eine Wohnung zu finden, die sie sich auch leisten können.

Armutsgefährdete Gruppen

- ❖ Ältere Migranten
- ❖ Langzeitarbeitslose
- ❖ Menschen, die von Grundsicherungsleistungen leben
- ❖ Menschen, die auf Sozialwohnungen angewiesen sind

Ältere Migranten



Foto: Christiane Stieff

Ausländer, die im Rentenalter in Deutschland leben, begegnen besonderen Herausforderungen. Oft sind ihre Renten niedriger als die Renten deutscher Staatsangehöriger. Das hat mehrere Gründe. Zum einen kann möglicherweise der Rentenanspruch aus der Arbeit in einem anderen Land in Deutschland nicht realisiert werden oder diese Rente hat einen niedrigeren Wert als die deutsche Rente. Außerdem haben die Betroffenen oft für einen Niedriglohn in Deutschland gearbeitet und bekommen deswegen eine niedrigere Rente. Ein dritter Grund ist, dass ein hoher Anteil älterer Ausländer als Kleinunternehmer tätig war und deswegen

nicht in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat. Deswegen ist ihr Armutsrisiko überdurchschnittlich hoch. Ihre Situation wird (noch) schwieriger, wenn ihre Aufenthaltsgenehmigung daran gebunden ist, dass sie für ihren eigenen Lebensunterhalt aufkommen. Das heißt, dass sie ihr Aufenthaltsrecht gefährden, wenn sie Grundsicherungsleistungen beziehen. Außerdem ist das Aufenthaltsrecht häufig daran gebunden, dass man Unterhaltsverpflichtungen erfüllen kann. Um das zu illustrieren: Wenn die Kinder älterer Ausländer auch nur eine beschränkte Aufenthaltsgenehmigung haben und ihre Eltern nicht unterstützen können, ist deren Aufenthaltsgenehmigung auch in Gefahr. Darüber hinaus hängt jede mögliche Familienzusammenführung an der Fähigkeit, Unterhaltspflichten zu erfüllen. Es kann beobachtet werden, dass viele ältere Ausländer keine Grundsicherungsleistungen beziehen, obwohl sie darauf Anspruch hätten.¹

Langzeitarbeitslose

Im August 2015 gab es mehr als eine Million Langzeitarbeitslose in Deutschland. Unter ihnen ist eine Gruppe von etwa 200.000 bis 400.000 Personen, die große zusätzliche Probleme haben (z.B. psychische Probleme, Suchtprobleme, Wohnungslosigkeit). Diese Probleme haben einen negativen Einfluss auf ihre Beschäftigungsfähigkeit. Die deutsche Arbeitsmarktpolitik ist stark auf diejenigen Arbeitslosen ausgerichtet, die eine hohe Wahrscheinlichkeit haben, eine neue Arbeit zu finden. Deswegen dominieren kurzfristige Arbeitsmarktinstrumente wie zum Beispiel Weiterbildungskurse, Bewerbungstrainings, Computerkurse et cetera. Langzeitarbeitslose und vor allem diejenigen mit multiplen Vermittlungshemmnissen brauchen aber Instrumente mit einer langfristigen Perspektive. Ein Zusatznutzen solcher Instrumente ist auch, dass sie soziale Teilhabe fördern.

M. machte eine Lehre als Heizungs- und Lüftungsinstallateur, arbeitete aber danach als LKW-Fahrer. Rückenprobleme zwangen ihn dazu zu kündigen. Eine Trennung von seiner Partnerin und eine Depression folgten. Die Bundesagentur für Arbeit finanzierte eine Umschulung als Elektrotechniker, aber er fand keine Arbeit. Er nahm an einer öffentlich geförderten Beschäftigungsmaßnahme der Caritas teil, die ihm wieder Tagesstruktur gab. Auch seine Gesundheit verbesserte sich. Er begann sogar, sich wieder zu bewerben – leider nicht erfolgreich. Die Beschäftigungsmaßnahme der Caritas endete und wurde nicht verlängert.

¹Quellen: (1) Schimany, P., Rühl, S. & Kohls, M., 2012. Ältere Migrantinnen und Migranten Entwicklungen, Lebenslagen, Perspektiven, Forschungsbericht 18, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; (2) Seils, E., 2013. Armut im Alter – aktuelle Daten und Entwicklungen, in: WSI-Mitteilungen 5/2013; (3) Höhne, J., Linden, B. Seils, E. & Wiebel, A., 2014. Die Gastarbeiter - Geschichte und aktuelle soziale Lage, WSI Report 16.

Finanzielle Unterstützung

Die deutschen Grundsicherungssysteme sind gut zugänglich, aber es gibt Probleme mit der Inanspruchnahme. Ungefähr 4,9 Millionen anspruchsberechtigte Menschen beantragen keine Grundsicherung für Arbeitsuchende. Das sind 34% (44% wenn Kinder einbezogen werden) der Gesamtzahl der Anspruchsberechtigten. Darüber hinaus beantragen zwischen 57% und 68% der älteren Personen keine Grundsicherungsleistungen, obwohl sie darauf Anspruch hätten. Die Gründe für diese niedrige Inanspruchnahme sind nicht immer klar, haben aber vermutlich mit Scham oder Unwissenheit zu tun. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende kann auch von Menschen bezogen werden, die arbeiten, aber nicht genug verdienen, um den Bedarf ihrer Familie zu decken. Bei diesen sogenannten Aufstockern ist es häufig unklar, ab welchem Einkommen sie Anspruch auf die Grundsicherungsleistungen haben und auch deswegen kann es zu einer niedrigen Inanspruchnahme kommen.

Im Allgemeinen erfüllen die Grundsicherungssysteme ihren Auftrag, aber es gibt Fehler bei der Berechnung der Regelbedarfe. Die Grundsicherungssysteme sollten das soziokulturelle Existenzminimum garantieren. Dieses wird abgeleitet von Lebensstandard von Haushalten, die ein niedriges Einkommen haben, aber keine Grundsicherungsleistungen beziehen müssen (Referenzgruppe der Regelbedarfe). Bei der letzten Berechnung der Regelbedarfe verkleinerte die Bundesregierung die Referenzgruppe, was zu einem niedrigeren Einkommen der Referenzgruppe führte. Außerdem sind Menschen in der Referenzgruppe, die verdeckt arm sind – also keine Grundsicherungsleistungen beziehen, obwohl sie anspruchsberechtigt wären. Eine Folge dieser und anderer Berechnungsvorschriften ist, dass die Regelbedarfe zu wenig finanzielle Flexibilität geben, um zum Beispiel auf unvorhergesehene Ausgaben reagieren zu können. Außerdem ist die Sanktionierung bei geringen Pflichtverletzungen unangemessen, da sie zu niedrigeren Leistungen führen und das soziokulturelle Existenzminimum dann nicht mehr gedeckt ist.

Inklusive Arbeitsmärkte

Der Arbeitsmarkt in Deutschland wird etwas inklusiver, vor allem weil die Arbeitsmarktentwicklung sehr gut ist und die Beschäftigung steigt. Langzeitarbeitslose mit multiplen Vermittlungshemmnissen haben aber weiterhin nur sehr eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt.

Zugang zu Rechten für Menschen in Gefahr von Armut und sozialer Ausgrenzung

- ❖ Recht auf Wohnen
- ❖ Recht auf Gleichheit und Nichtdiskriminierung
- ❖ Recht auf Arbeit
- ❖ Recht auf Gesundheitsdienstleistungen

Die oben genannten Rechte können nicht realisiert werden, wenn Wohnraum knapp oder zu teuer wird. Außerdem kommt Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und beim Zugang zu Wohnraum vor.

Der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung ist für ältere Ausländer beschränkt, wenn sie Sprachprobleme haben und ihre gesundheitlichen Probleme schlecht beschreiben können.

2. Wie effektiv sind Deutschlands Politikkonzepte zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung?

Der Länderbericht Deutschland², der von der Europäischen Kommission im Februar 2015 veröffentlicht wurde, spiegelt die genannten großen Probleme und die Realität von Armut und sozialer Ausgrenzung in Deutschland nicht wieder. Das Dokument befasst sich nicht mit dem hohen Armutsrisiko unter älteren Zuwanderern und lässt das Problem unzureichender Renten unerwähnt. Darüber hinaus schweigt sich der Bericht vollständig über die niedrige Inanspruchnahme von Grundsicherungssystemen in Deutschland aus. Ebenso reflektiert das von der deutschen Bundesregierung erstellte Nationale Reformprogramm 2015³ nicht diese großen Probleme und die Realität von Armut und sozialer Ausgrenzung in Deutschland, da das Reformprogramm die oben genannten Probleme nicht aufgreift.

Im Allgemeinen kann man sagen, dass die aktuell umgesetzten Politikkonzepte in Deutschland einige der Probleme im Zusammenhang mit Armut und sozialer Ausgrenzung angehen. Im Hinblick auf den Zugang zu Wohnraum gab es zwei Reformen, die als positive Entwicklung angesehen werden können: (1) Eine Begrenzung für Mietpreiserhöhungen („Mietpreisbremse“) in angespannten Wohnungsmärkten und (2) eine Reform des Wohngeldes. Die Reform des Wohngeldes war allerdings längst überfällig; sie ist zudem ineffektiv, wenn es keinen günstigen Wohnraum gibt. Darüber hinaus gilt die sogenannte Mietpreisbremse nur in angespannten Wohnungsmärkten und wird nicht in allen Regionen angewendet.

Die jüngste Initiative des Bundesministerium für Arbeit und Soziales "Chancen eröffnen - soziale Teilhabe sichern" wird positiv bewertet, da sie staatlich geförderte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose mit multiplen Vermittlungshemmnissen vorsieht. Jedoch ist das Programm zu klein und sollte für viel mehr Menschen geöffnet werden.

² Europäische Kommission, 2015. [Länderbericht Deutschland 2015](#).

³ Deutsche Bundesregierung, 2015. [Nationales Reformprogramm 2015](#).

In Bezug auf die durchgeführten politischen Initiativen der letzten Jahre lässt sich feststellen, dass diese teilweise wirkungsvoll bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung waren. Es bleiben jedoch Probleme bestehen, von denen einige in diesem Bericht beschrieben sind. Zum Beispiel müssen bei der oben genannten Mietpreisbremse Wohnungsmärkte als "angespannt" definiert werden, was manche Gemeinden nicht tun. Auch kann der kürzlich eingeführte Mindestlohn als positive Maßnahme betrachtet werden, seine Auswirkungen und seine Wirksamkeit bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung muss allerdings genau beobachtet werden.

Welche Maßnahmen sind notwendig, um Armut und soziale Ausgrenzung effektiver zu bekämpfen?

Hinsichtlich eines verbesserten Zugangs zu Wohnraum hat der Deutsche Caritasverband detaillierte Vorschläge entwickelt, die unter anderem eine Zweckbindung der Kompensationszahlungen des Bundes (das heißt: Investitionen in den sozialen Wohnungsbau) sowie eine angemessenere Anpassung des Wohngelds umfassen. Die Stellungnahme wurde im Juli 2015 veröffentlicht und kann auf unserer [Webseite](#) abgerufen werden.

Im Hinblick auf die Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit wäre es ein wichtiger Schritt, soziale Integration und die Teilhabe am Arbeitsmarkt zu expliziten Zielen der Arbeitsmarktpolitik zu machen. Außerdem müssen Arbeitsmarktprogramme besser auf die zusätzlichen Probleme zugeschnitten werden, mit denen viele Langzeitarbeitslose konfrontiert sind. Dies könnte dadurch sichergestellt werden, dass solche Programme individualisiert, flexibel und in kleinen Schritten strukturiert durchgeführt werden. Außerdem sollten sie mit psychosozialer Unterstützung kombiniert werden. Allgemein gesprochen müssen Programme gegen Langzeitarbeitslosigkeit die Dimension des Problems berücksichtigen (das heißt, die Gesamtzahl der Langzeitarbeitslosen) und mit den notwendigen Kapazitäten und Ressourcen ausgestattet sein, um alle von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen erreichen zu können (das heißt, die Ausweitung der Programme auf alle Betroffenen).

In Bezug auf ältere Einwanderer sollten die Rechtsvorschriften Aufenthaltstitel für diejenigen mit kleinen Renten sicherstellen. Das beschriebene Problem muss bekannt gemacht und Lösungen müssen gefunden werden.

Die niedrige Inanspruchnahme von Grundsicherungssystemen sollte weiter untersucht werden. Informationsdefizite sollten durch Informationskampagnen in Angriff genommen werden. Darüber hinaus muss die Berechnung der Regelbedarfe durch eine Berichtigung der Bemessungsfehler verbessert werden. Der Deutsche Caritasverband hat dazu Vorschläge gemacht, die auf unserer [Website](#) gefunden werden können.

In diesem Zusammenhang könnte die EU die deutsche Bundesregierung unterstützen, indem sie die Probleme von Armut und sozialer Ausgrenzung effektiver durch maßgeschneiderte politische Leitlinien (z.B. Länderberichte, länderspezifischen Empfehlungen) adressiert, die helfen würden, die in diesem Bericht beschriebenen Probleme anzugehen.

Beitrag der EU-Fonds

- ❖ 38% der Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) aus dem Operationellen Programm des Bundes sind für die Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut in Deutschland vorgesehen
- ❖ Der Deutsche Caritasverband wird bei der Durchführung dieses Programms einbezogen.

Die Caritas ist zu dem Konsultationsprozess für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds 2014-2020 als Teil der BAGFW (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege) eingeladen worden. Die BAGFW wurde bei der Entwicklung der Partnerschaftsvereinbarung und des Operationellen Programmes (OP) des Bundes beteiligt. Einige Empfehlungen der BAGFW wurden in die endgültigen Dokumente aufgenommen, z.B. im Abschnitt über die Begünstigten. Die BAGFW ist in der Umsetzung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds 2014-2020 beteiligt. Sie wird jeweils von zwei Mitgliedern im ESF-Begleitausschuss auf Bundesebene und in dem Begleitausschuss des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) vertreten. 38% der ESF-Mittel des Operationellen Programmes des Bundes sind für die Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut vorgesehen. Dafür ist der Investitionsschwerpunkt „Aktive Eingliederung“ im Bundes-OP ausgewählt.

3. Die Antwort der Caritas: erwiesen wirksame Initiativen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Die folgenden Initiativen des Deutschen Caritasverbandes haben erwiesenermaßen eine positive Wirkung auf die Verringerung der Armut und der sozialen Ausgrenzung in Deutschland gezeigt:

Energie-Spar-Initiative

<http://www.stromspar-check.de>

Projekt "Stromspar-Check PLUS"



Beschreibung

In diesem Projekt, das die Caritas in Zusammenarbeit mit dem EaD (Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands) durchführt und das vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit gefördert wird, können Haushalte mit geringem Einkommen einen "Energieberater" zu sich nach Hause einladen. Der Berater analysiert, wie viel Energie der Haushalt verbraucht und gibt Tipps, wie Energie gespart werden kann. Darüber hinaus installiert der Berater Energiesparlampen. Die Haushalte müssen weder für die Beratung noch für energiesparende Installationen zahlen. Am Ende sparen die Haushalte Geld und ihr niedriges Einkommen aus Sozialleistungen nimmt etwas zu. Der "Energieberater" ist eine ehemals langzeitarbeitslose Person, die zu Fragen rund um Energie geschult

worden ist. Weitere Informationen in neun verschiedenen Sprachen können unter <http://www.stromspar-check.de/downloads.html> gefunden werden.

Angegangenes Problem

Dieses Projekt geht Herausforderungen in den beiden Säulen der aktiven Eingliederung "angemessene Einkommenssicherung" und "integrative Arbeitsmärkte" an im Hinblick auf Energiearmut, Schulung von Langzeitarbeitslosen zu nachhaltigen Konsumpraktiken sowie Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Ergebnisse

Arme Haushalte sparen Geld, Langzeitarbeitslose werden befähigt und Energie wird eingespart. Von 2009 bis 2014 wurden rund 125.000 Haushalte zu Energieeinsparungen beraten. Die jährlichen Einsparungen pro Haushalt lagen zwischen 107 und 160 Euro.

Innovative Besonderheiten und Erfolgsfaktoren

Das Projekt verbindet Maßnahmen, die die Arbeitsmarktintegration, eine nachhaltige Umwelt und Armutsbekämpfung fördern.

Beschäftigungsinitiative UPCYCLING
<http://www.einzigware.de>

Projekt EINZIGWARE

EINZIGWARE

Beschreibung

Diese Initiative wird von der BAG Integration durch Arbeit des Deutschen Caritasverbandes betrieben. Langzeitarbeitslose Menschen praktizieren Upcycling: sie stellen neue Produkte aus alten Textilien oder Möbeln her. Die Produkte werden dann im Internet unter der Web-Adresse www.einzigware.de verkauft.



*Photo: Caritas Kaufhaus
Wertvoll, Düsseldorf*

Angegangenes Problem

Das Projekt trägt dazu bei, Herausforderungen in Bezug auf einen integrativen Arbeitsmarkt anzugehen.

Ergebnisse

Mehr als 20 Organisationen der Caritas nehmen teil (in Secondhand-Shops). Da die Arbeit kreativ und sinnvoll ist, wird auch das Selbstwertgefühl der Teilnehmer gestärkt.

4. Empfehlungen, wie die beschriebenen Probleme gelöst werden können

Empfehlung 1: Die Berechnung der Mindesteinkommensregelungen verbessern, indem bestimmte Kriterien auf ihre Angemessenheit hin überprüft werden

- ➔ **Angesprochenes Problem:** Die Einkommensunterstützung ist unzureichend, um die Grundbedürfnisse einiger Gruppen zu decken.
- ➔ **Ministerium, das diese Maßnahme durchführen könnte:** Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- ➔ **Politischer Rahmen:** Die Empfehlung der Kommission zur aktiven Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen (Säule "angemessene Einkommenssicherung")
- ➔ **Wie die Europäische Kommission diese Maßnahme unterstützen könnte:** Durch die Bereitstellung maßgeschneiderter politischer Leitlinien (z.B. Länderberichte, länderspezifischen Empfehlungen), die die Angemessenheit der Einkommensunterstützung und deren Potential, Armut in Deutschland zu lindern, ansprechen.

Empfehlung 2: Das Aufenthaltsrecht für ältere Einwanderer sicherstellen, so dass diese bei Bedarf auf Mindesteinkommenssysteme zugreifen können

- ➔ **Angesprochenes Problem:** Armut, soziale Ausgrenzung und unsichere Lebensverhältnisse älterer Migranten
- ➔ **Ministerium, das diese Maßnahme durchführen könnte:** Bundesministerium des Innern und Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- ➔ **Wie die Europäische Kommission diese Maßnahme unterstützen könnte:** Durch die Bereitstellung maßgeschneiderter politischer Leitlinien (z.B. Länderberichte, länderspezifischen Empfehlungen), die das Armutsrisiko älterer Migranten in Deutschland thematisieren

Empfehlung 3: Öffentlichkeitsarbeit verstärken sowie Informationskampagnen durchführen, um die tatsächliche Beantragung von Leistungen der Mindesteinkommenssysteme und anderer Sozialleistungen zu erhöhen

- ➔ **Angesprochenes Problem:** Eine niedrige Inanspruchnahme tatsächlich Bedürftiger von Sozialleistungen, einschließlich angemessener Leistungen zur Einkommenssicherung
- ➔ **Ministerium, das diese Maßnahme durchführen könnte:** Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Landesministerien und lokalen Behörden

- **Politischer Rahmen:** Die Empfehlung der Kommission zur aktiven Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen (Säule "angemessene Einkommenssicherung")
- **Wie die Europäische Kommission diese Maßnahme unterstützen könnte:** Durch die Bereitstellung maßgeschneiderter politischer Leitlinien (z.B. Länderberichte, länderspezifischen Empfehlungen), wie die Inanspruchnahme von Sozialleistungen verbessert werden kann, was zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Deutschland beitragen würde

Empfehlung 4: Mehr in Sozialwohnungen investieren; private Investitionen in den sozialen Wohnungsbau profitabler machen und das Wohngeld anpassen, um die Zulage gerechter zu gestalten

- **Angesprochenes Problem:** Mangel an bezahlbarem Wohnraum für angemessene Lebensverhältnisse
- **Ministerium, das diese Maßnahme durchführen könnte:** Die jeweiligen für den sozialen Wohnungsbau verantwortlichen Ministerien auf Landes- und Bundesebene sowie die zuständigen Stellen in den Kommunen
- **Politischer Rahmen:** Die Empfehlung der Kommission zur aktiven Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen (Säule "angemessene Einkommenssicherung")
- **Wie die Europäische Kommission diese Maßnahme unterstützen könnte:** Durch die Bereitstellung von maßgeschneiderten politischen Leitlinien, die den Mangel an erschwinglichem Wohnraum in bestimmten Regionen in Deutschland ansprechen

Empfehlung 5: Die Kapazität und Reichweite der aktuellen Beschäftigungsprogramme für Langzeitarbeitslose erweitern und individuelle Unterstützung, einschließlich Begleitmaßnahmen, für Langzeitarbeitslosen mit zusätzlichen Problemen anbieten

- **Angesprochenes Problem:** Eine unzureichende Kapazität der derzeitigen Beschäftigungsprogramme; Unzulänglichkeit dieser Programme integrative Arbeitsmärkte zu fördern
- **Ministerium, das diese Maßnahme durchführen könnte:** Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Bundesagentur für Arbeit
- **Politischer Rahmen:** Die Empfehlung der Kommission zur aktiven Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen (Säule "angemessene Einkommenssicherung")
- **Wie die Europäische Kommission diese Maßnahme unterstützen könnte:** Durch die Bereitstellung von maßgeschneiderten politischen Leitlinien, die das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit und der nicht-integrativen Arbeitsmärkte in Deutschland ansprechen



This publication has received financial support from the European Union Programme for Employment and Social Innovation "EaSI" (2014-2020). For further information please consult: <http://ec.europa.eu/social/easi>